

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
Ankündigung zur Ausgabe. Annoncenpreis pro Monat 0.90 RM. frei
im Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“,
„Der bessere Mittag“, „Praktische Wissen für alle“, „Unterhaltungsbeilage“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer
Gebühren wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abz.: Zeitung.

Anzeigen werden die festgesetzte Anzahl Zeilen (je 11 Zeilen) oder deren
Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung ent-
sprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit
für Druck, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmgebühr
für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billiger
berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 140

Dienstag, den 22. November 1932

25. Jahrgang.

Hitler fordert Kanzleramt

Neuer Empfang bei Hindenburg / Begrenzter Auftrag an den Führer der NSDAP

Mehrheits-Regierung?

— Berlin, 22. November.

In den Verhandlungen über die Neubildung der Reichs-
regierung ist mit dem zweiten Empfang Adolf Hitlers durch
den Reichspräsidenten von Hindenburg der Rahmen der
neuen Entscheidungen abgegrenzt. Dienten die ersten Emp-
fänge einer allgemeinen Orientierung, dann brachte die neue
Unterredung Hindenburgs mit Hitler die Klarstellung, daß
die nationalsozialistische Bewegung eine erfolgreiche Mit-
glieder nur dann für möglich hält, wenn das neue Ka-
nzleramt von Adolf Hitler geführt wird.

Damit hat die NSDAP ihre Forderung vom 13. August
wiederholt. Während aber im August mit dieser Forder-
ung die Verhandlungen über die Beteiligung der National-
sozialisten an der Regierung geklärt waren, ergab sich
jetzt eine neue Lage dadurch, daß Reichspräsident von Hin-
denburg an Hitler das Erlernen der Reichspräsidenten-
ämter unter welchen Bedingungen eine von ihm geführte
Regierung eine sichere arbeitsfähige Mehrheit
am Reichstag finden wird. Daneben hat Hindenburg nach der
Ankündigung an die amtliche Mitteilung von der national-
sozialistischen Pressestelle ausgegebenen Erklärung präzise
Bedingungen geltend gemacht.

Im Endergebnis hat somit die zweite Unterredung Hin-
denburgs mit dem Führer der NSDAP, damit beendet, daß
der Reichspräsident Adolf Hitler einen zeitlich und sachlich
begrenzten Auftrag für die Bildung der neuen Regierung
erhalten hat. Daß Hitler sich darauf eine Art Bedenkzeit
ausgehoben hat, läßt darauf schließen, daß die zur Ausfüh-
rung dieses Auftrags notwendigen Verhandlungen reich-
lich Schwierigkeiten sind. Eine arbeitsfähige Mehr-
heit im neuen Reichstag ist nur zu erhoffen, wenn die Na-
tionalsozialisten, die Deutschnationalen, das Zentrum, die
Bayerische Volkspartei und die Deutsche Volkspartei sich auf
ein einheitliches Programm einigen. Das wird aber außer-
ordentlich schwer fallen. Einmal ist von deutschnationaler
Seite wiederholt gegen eine parlamentarische Lösung der
Regierungsfrage Stellung genommen worden, und zum
anderen scheinen auch zwischen Nationalsozialisten und Zen-
trum in bezug auf Preußen ernste Meinungsverschieden-
heiten zu bestehen.

Angeht es dieser Sachlage bestand denn auch in poli-
tischen Kreisen von Anfang an Ungewißheit darüber, ob
Hitler zu Verhandlungen in diesem Rahmen bereit sein
würde. Andererseits ist aber auch nicht zweifelhaft, daß die
Möglichkeiten einer Verständigung noch offen sind. Bewert-
tellig werden muß die Einigung über das sachliche Pro-
gramm freilich von den Parteien selbst, deren Hauptaufgabe
es jetzt ist, die Grundlage für eine Lösung zu schaffen. Die
von Dauer ist und damit die erfolgreiche Durchsetzung der
politischen Ziele des Deutschen Reiches ermöglicht.

Die Besprechungen, die Reichspräsident Göring
nach dieser Richtung hin bereits geführt hat, sind hierbei als
Vorerörterungen anzusehen. Wie man hört, dienten sie
der Klärstellung folgender Fragen: 1. Wann soll der Reichs-
tag einberufen werden? 2. Welche Haltung nehmen diese
Parteien der geschäftsführenden Regierung von Papen ge-
genüber ein? 3. Welche Folgerungen ergeben sich daraus
für ein gemeinsames Vorgehen? Eine Einladung zu diesen
Verhandlungen ist auch an Geheimrat Hugenberg ergan-
gen, doch hat Geheimrat Dr. Hugenberg darauf mitgeteilt, daß
er zwar Adolf Hitler jederzeit zu politischen Besprechungen
zur Verfügung stehe, nach den Vorgängen der letzten Wochen
es dagegen ablehnen müsse, „einer in so ungewöhnlicher
Form erfolgenden Einladung Görings nachzukommen“.

Gelingt der schwere Versuch einer Mehrheitsbildung
unter Adolf Hitler, dann dürften die Nationalsozialisten in
den Verhandlungen über personelle Fragen ihr Augenmerk
auf die sogenannten politischen Elemente richten, also auf
die Besetzung des Reichsinnenministeriums, des Ar-
beitsministeriums und der Justiz. Das auswärtige Amt
und das Finanzministerium dagegen gelten ebenso wie das
Reichsministerium als Fachministerium, bei deren Besetzung
die Frage der Parteizugehörigkeit außer Betracht bleibt.

Ein weiteres Eingehen auf die Wutäußerungen, die nach
Hitler oder jener Richtung hin angestellt werden — u. a.
dabei die Möglichkeit der Tolerierung eines neu gebil-
deten Präsidialkabinetts durch die NSDAP — eine Rolle —
würde sich zunächst, zumal aus dem Verhandlungsszimmer
des Reichspräsidenten, abgeben von den amtlichen Mit-
teilungen, kein Raum an die Öffentlichkeit bringt. So sind
insbesondere auch die Vorbehalte oder Bedingungen in
dem Auftrag des Reichspräsidenten an Adolf Hitler zur
Stunde noch nicht bekannt. Wie es heißt, legt Reichsprä-
sident von Hindenburg vor allem auf den inneren Zusammen-
halt der Mehrheitsparteien Wert und weist darauf, daß
die Linie des wirtschaftlichen Wiederaufbaus fortgeführt
wird. Außerdem soll der Reichspräsident auch eine etwaige
Beschränkung seiner Befugnisse durch eine Veränderung des
Artikels 48 der Reichsverfassung ablehnen und eine neutrale

Führung der Reichswehr und der Auswärtigen Politik
wünschen.

Inwieweit diese Angaben zutreffen, entzieht sich zunächst
der Kenntnis. Festzustellen ist aber, daß es über die Not-
wendigkeit einer neutralen Führung der auswärtigen Politik
und der Reichswehr, wie ja überhaupt in den politischen
Frägen durchweg eine Einheitsfront des deutschen Volkes
besteht, keine Meinungsverschiedenheiten gibt. Im übrigen
aber wird die endgültige Klärung der innerpolitischen
Situation noch einige Tage Zeit in Anspruch nehmen, wäh-
rend der das deutsche Volk sich mit Geduld wappnen muß;
geht es doch darum, eine Lösung zu finden, die auf alle Fälle
von größter politischer Tragweite ist.

Die zweite Unterredung

Hindenburgs Auftrag an Hitler: „Sichere, arbeitsfähige
Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm.“

— Berlin, 21. November.

Reichspräsident von Hindenburg hat am Montag-
mittag den Führer der NSDAP, Adolf Hitler erneut zu
einer Unterredung empfangen. In Begleitung Hitlers be-
fanden sich Reichspräsident Göring und weitere führende
Mitglieder der Partei. Der Empfang dauerte diesmal nur
kurze Zeit. Bereits nach zwanzig Minuten verließ Hitler
wieder das Reichspräsidentenpalais, den derzeitigen Wohnsitz
des Reichspräsidenten, und begab sich zum Kaiserhof zu-
rück. Sowohl auf der Einfahrt wie auf dem Rückwege
wurde Hitler von seinen Parteianhängern mit begeisterten
Heulrufen begrüßt. Über die neue Besprechung zwischen
Hindenburg und Hitler wurde folgende amtliche Mitteilung
ausgegeben:

„Nachdem der Führer der Nationalsozialistischen
Deutschen Arbeiterpartei dem Herrn Reichspräsidenten
mit aller Bestimmtheit erklärt hat, daß seine Partei nur
in einer von ihm geführten Regierung mitarbeiten
kann, hat der Herr Reichspräsident Herrn Hitler als
den Führer der stärksten Partei des Reichstages er-
sucht, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eine
von ihm geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige
Mehrheit mit einheitlichem Arbeitsprogramm im
Reichstag finden würde. Herr Hitler erklärte, seine
Antwort auf dieses Ersuchen dem Herrn Reichsprä-
sidenten Montag nachmittag schriftlich zu übermitteln.“

Wie die Pressestelle der NSDAP ergänzend
berichtet, wurden dem Auftrag an Hitler eine Anzahl prä-
zisdialer Vorbehalte als Voraussetzung beigegeben.
Auftrag und Vorbehalte sind schriftlich niedergelegt. Hitler
erklärte, erst nach eingehender Prüfung dieser Bedingungen
mitteilen zu können, ob sich damit eine Aussicht ergebe,
die gewünschten Verhandlungen zu führen. Das Ergebnis dieser
Prüfung soll alsbald dem Reichspräsidenten mitgeteilt
werden.

Beratungen der NSDAP mit Schacht

An den internen Beratungen der nationalsozialistischen
Führer im Hotel Kaiserhof nahm wiederholt auch der frühere
Reichsbankpräsident Dr. Schacht teil. Die Beratungen der
Nationalsozialisten zogen sich bis in die Abendstunden hin.

Entscheidung für Danzig

Polen lehnt die Verordnung des Völkerverbandskommissars ab.

— Danzig, 22. November.

Nachdem die polnisch-danziger Wirtschaftsverhandlungen
geklüftet waren und Polen die Vergleichsvorschläge
des Völkerverbandskommissars abgelehnt hatte, hat Kommissar
Kostling jetzt seine Entscheidung gefällt, die in fast allen we-
sentlichen Punkten zugunsten Danzigs ausgefallen ist.

Vor allem hat Kostling die polnische Forderung auf
Abkaffung der Danziger Eigenbedarfkontingente abge-
lehnt, mit der Maßgabe allerdings, daß Polen das Recht
haben soll, an der von Zeit zu Zeit vorzunehmenden Fest-
legung dieser Kontingente mitzuwirken. Ferner hat der
Völkerverbandskommissar entschieden, daß alle unter Ausnutzung
dieser Kontingente in Danzig hergestellten Waren frei nach
Polen ausgeführt werden dürfen, daß die polnische Re-
gierung verpflichtet ist, alle den Abfall mindernden Maßnah-
men aufzuheben und beschlagnahmte Waren unverzüglich
freizugeben. Eine von dem Danziger Standpunkt abwei-
chende Beurteilung hat dagegen ebenso wie im Sachver-
ständigenausschuß die Frage des passiven Veredelungsver-
kehrs gefunden.

Warschau neuer Sabotageversuch

Die Entscheidung des Völkerverbandskommissars hat in
Warschau sofort entschiedene Ablehnung gefunden. Halb-

amtlich wird bereits erklärt, die polnische Regierung habe
Verufung an den Völkerverband eingelegt. Die Entschei-
dung des Danziger Kommissars wird in Warschau als
Spruch erster Instanz und daher noch nicht als rechtskräftig
angesehen. Alles bleibe also einstweilen unverändert, und
wird bis zur Januar-Tagung des Völkerverbands.

Pariser Zolldrohungen?

Wenig verheißungsvoller Ausfall der deutsch-französischen
Handelsvertragsverhandlungen.

— Berlin, 22. November.

Am Montag haben in Berlin die Verhandlungen zur
Überprüfung des deutsch-französischen Handelsvertrages vom
Jahre 1927 begonnen. Der ersten Sitzung hat auch der
französische Botschafter Francois Boncet beigewohnt. Führer
der deutschen Abordnung ist Ministerialdirektor Böse,
Führer der französischen Delegation der Ministerialdirektor
im französischen Handelsministerium Elbel. Die beiden
Abordnungen haben zunächst das Programm für die wei-
teren Verhandlungen aufgestellt.

Die sachlichen Beratungen dürften sich wahrscheinlich
sehr schwierig gestalten. Nach Berliner Pressemeldungen
soll der französische Verhandlungsführer Elbel erklärt haben,
Zweck der Verhandlungen sei, „den ganzen Außenhandel
Frankreichs auf eine neue Basis zu stellen“. Frankreich
wolle vor allem seine Tariffreiheit zurückbekommen, um seine
Tarife beliebig ändern zu können zum Vorteil seiner Außen-
handelsbilanz. Wenn sich aber Schwierigkeiten ergeben
sollten, dann werde — so soll Elbel erklärt haben — „Frank-
reich zur brutalen Methode der Kündigung schreiten“.

Ob diese Meldungen zutreffen, bleibt abzuwarten. Un-
wahrscheinlich klingen sie nach den Erfahrungen, die wir bis-
her mit Frankreich gemacht haben, gerade nicht. Pariser
Blätter wollen wissen, daß sich die französischen Bedenken
vor allem gegen die deutschen Desinfektionsbeschränkungen richten.

Herriot wieder in Paris

Mehrere Verhaftungen wegen des Eisenbahnanschlags. —
Die Untersuchung ergebnislos.

— Paris, 21. November.

Ministerpräsident Herriot ist aus Nantes wieder in
Paris eingetroffen. Die Untersuchungen über den Anschlag
bei Nantes werden inzwischen fortgesetzt, ohne daß es aber
bisher gelungen ist, die geringste Spur der Täter zu finden.

Die Polizei ist im übrigen mehr und mehr der Auf-
fassung, daß es sich weniger um einen Anschlag auf das
Leben des Ministerpräsidenten handelt als um eine Demon-
stration überhöhter bretonischer Autonomisten, die dadurch
ihrer feindseligen Einstellung gegenüber dem Ministerprä-
sidenten Ausdruck geben wollten. Diese Auffassung wird da-
durch bekräftigt, daß man in unmittelbarer Nähe des Tat-
ortes, an dem die Schienen durch die Explosion aufgerissen
waren, zwei rote Lampen fand, die sicher dazu bestimmt
waren, den Lokomotivführer des herannahenden Zuges zu
warren.

In Nantes sind eine Reihe von Verhaftungen durchge-
führt worden, die aber zum größten Teil nicht aufrechter-
halten werden konnten. Sechs der Verhafteten — darunter
eine junge Studentin, die den Beinamen „die rote Jung-
frau“ führt, — sollen angeblich bereits bei dem Bomben-
anschlag in Rennes und dem verfluchten Anschlag in Bannes
eine gewisse Rolle gespielt haben, ohne daß man aber die
Beweise gegen sie erbringen konnte, die eine Anklage er-
möglich hätten.

Deutschenheute um jeden Preis

Nach Pariser Meldungen hat Herriot den Anschlag
mit dem in Paris für deutsche nationalsozialistische Blätter
tätigen Schweizerischen Journalisten Koerber, dem vor
einigen Tagen als „unerwünschter Ausländer“ die Aufent-
haltsgenehmigung entzogen wurde, in Verbindung gebracht.
Der französische Ministerpräsident behauptet, die Bretonen
hätten von Koerber Geld erhalten; allerdings sei das nicht
nachzuweisen, und deshalb habe man sich mit dem Aus-
weisungsbefehl begnügen müssen. Die grössten Be-
hauptungen, die völlig unbegründet sind, geben
einem Teil der Pariser Presse Anlaß, von einem „deutschen“
Attentat gegen Herriot zu reden.

Kraftwagen vom Zuge erfasst

Elf Tote.

— Rom, 22. November.

In der Nähe der italienischen Stadt Fubara wurde
ein Lastkraftwagen, auf dem sich 52 junge Soldaten befan-
den, die von einem Besuch der Ausstellung über die fa-
schistische Revolution aus Turin zurückkehrten, bei einer
Bahnüberquerung vom Zuge erfasst. Elf Personen wurden
getötet und alle anderen, davon einige schwer, verletzt.

Abfrage Japans an Genf

Scharfe Stellungnahme gegen den Bericht der Mandchurien-Kommission.

Genf, 22. November.

Unter dem Vorsitz des trübenden Ministerpräsidenten de Valera hat am Montag in Genf die außerordentliche Tagung des Völkerbundes begonnen, die bekanntlich zur Regelung des Mandchurien-Streitiges auf der Grundlage des Berichts der Völkerbundes-Kommission einberufen worden ist. Die Eröffnungstagung trug den Charakter einer großen historischen Tagung. Der Saal und die Diplomaten- und Presse-Tribünen waren überfüllt. Am Montagsmorgen hatten sich Vertreter der deutschen Außenminister Freiherr von Neurath, der französische Kriegeminister Paul Boncour, der englische Außenminister Sir John Simon, der Ratsminister des Völkerbundes, Baron Moissi, und die Außenminister Italiens und der Tschechoslowakei. Japan ist durch den eigens zu dem Genfer Verhandlungen entsandten Vertreter Matsumoto und den Pariser Völkerbund-Vertreter Arita vertreten, die chinesische Regierung durch den früheren Außenminister Wellington Koo und den Gesandten Yen. Auf Einladung des Völkerbundes sind die fünf Mitglieder des Völkerbundes-Ausschusses, darunter auch das deutsche Mitglied, Gouverneur a. D. Schöner, im Sitzungssaal anwesend.

Der japanische Vertreter Matsumoto

entwarf in einer einleitenden Rede die bekannten Gedankenansätze der am Sonntag veröffentlichten japanischen Denkschrift zum Völkerbund-Bericht. Er suchte nachzuweisen, daß die Schaffung des Mandchurischen Staates die einzige denkbare Lösung der mandchurischen Frage sei. Zum Schluss stellte er in einer scharf formulierten Erklärung fest, daß die japanische Regierung den mandchurischen Konflikt nicht vor dem Völkerbund gebracht habe.

1. weil das Nationalgefühl Japans eine äußere Einmischung in die Mandchurienfrage niemals zugelassen hätte,
2. weil die mit den Völkerbundsverträgen verbundenen Fesseln die Stellung der japanischen Staatsangehörigen einschließlich der Koreaner in der Mandchurien auf schwerste gefährdet hätte,
3. weil die japanische Mentalität sich wesentlich von der westlichen Mentalität unterscheide.
4. weil nach dem Eintreten des Bruches die Ereignisse ihren normalen Verlauf genommen hätten.

In dieser Erklärung sieht man in Genf Kreisen eine uneingeschränkte Abfrage Japans an den Völkerbund, und die Betonung gleich zu Beginn der Verhandlungen, daß die japanische Regierung die Oberhoheit und Zuständigkeit des Völkerbundes für die Regelung der mandchurischen Frage nicht anerkennt.

Die Verhandlungen sind von der allgemeinen Auffassung beherrscht, daß das Schicksal des japanisch-chinesischen Streitiges von entscheidender Bedeutung für die Weiterverhandlung in der Abrüstungsfrage ist.

Man weiß, daß die japanische Regierung ohne eine ihren Wünschen entsprechende Regelung der mandchurischen Frage jede Beteiligung an einem Abrüstungsabkommen ablehnen wird, und daß damit die Lösung der Abrüstungsfrage im Rahmen der Abrüstungskonferenz für die Vereinigten Staaten und die englische Regierung unmöglich gemacht wird. Darüber hinaus hängt auch das Schicksal der Weltwirtschaftskonferenz, das eng mit der Lösung der Abrüstungsfrage verbunden ist, letzten Endes von einer sofortigen befriedigenden Lösung der mandchurischen Frage ab. Außerdem würde ein Austritt Japans, mit dem im Falle erfolgreicher Verhandlungen des Rates allgemein gerechnet wird, den Völkerbund tödlich treffen.

Der Gereke-Plan

Die Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Berlin, 22. November.

Die Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft veranstaltete in der Deutschen Gesellschaft in Berlin einen Diskussionsabend über die Arbeitsbeschaffung unter Anwesenheit maßgebender Vertreter der Industrie, der Banken und der Gewerkschaften. Das einleitende Referat hielt der Präsident des Deutschen Landgemeindetages und des Ver-

bandes der Preussischen Landgemeinden, Landrat a. D. Dr. Gereke. Dr. Gereke wies darauf hin, daß über die Notwendigkeit einer umfassenden Beseitigung der Arbeitslosigkeit keine Meinungsverschiedenheiten in Deutschland herrschten. Unstrittig sei nur die Frage, in welcher Weise das am weitesten zu gehen habe. Dr. Gereke stützte sich in großen Zügen auf den Wirtschaftsplan der Reichsregierung v. Papen, das seine direkte Arbeitsbeschaffung bringe, sondern durch indirekte Wirtschaftsbeförderung von der Seite der Privatinitiative her eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit erstrebe.

Der Landgemeindevorstand habe bereits ehe die Reichsregierung ihr Programm verkündete, Vorschläge für ein umfassendes öffentliches Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt. Die Grundgedanken dieses Programms seien: die Arbeitsbeschaffung dezentralisiert vorzunehmen unter Einbeziehung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die Arbeitslosen zu vollem Lohn in den Produktionsprozess einzuführen, damit auch im Interesse der Landwirtschaft die Kaufkraft wieder gestärkt werde, und planvoll unter genauer Kontrolle nur solche volkswirtschaftlich wichtigen Arbeiten vornehmen zu lassen, die der organischen Anpassung unserer Wirtschaft an die veränderte Struktur der Weltwirtschaft sowie der deutschen Bevölkerung dienen. Das Programm sei also keineswegs nur auf die Gemeinden zugeschnitten, sondern solle die gesamte öffentliche Hand sowie die Landeskultur-Gesellschaften umfassen.

Am stärksten umstritten sei die Frage der Finanzierung eines solchen Programms. Mit zahlreichen anerkannten Wissenschaftlern und Praktikern, so auch Prof. Bage mann und Prof. Sombart, sei sich der Landgemeindevorstand darüber einig, daß wir eine Kreditausweitung brauchten, um die verheerenden Auswirkungen der Deflation zu beseitigen. Da der vorhandene Kapitalmarkt nicht in der Lage sei, ausreichende Kredite und überhaupt Kredite zu ertragsreichen Zinsen und Amortisationsbedingungen zur Verfügung zu stellen,

müßten neue Wege beschritten werden,

um die Funktionsstörungen unserer Wirtschaft zu beseitigen. Es gelte, den alten Grundgedanken in die Tat umzusetzen, daß auf die Dauer gesehen nur Arbeit Kapital schaffe.

Die beste Sicherheit, die wir für die notwendigen Kredite hätten, liege in der Steuerkraft der Bevölkerung, die jetzt durch die Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand für die Arbeitsbeschaffung realisiert werden müßte, ähnlich wie früherzeit der deutsche Grund und Boden zur Sicherung der Rentenmarkt herangezogen sei.

Entscheidend bei diesen Maßnahmen seien weniger die technischen Einzelheiten eines solchen Finanzierungsplanes, sondern der Wille zum Erfolg und die richtige Einstellung auf die psychologische Stimmung der Öffentlichkeit; und diese Öffentlichkeit erwarte heute in Deutschland sichtbare, schnell durchführbare Maßnahmen zur wirksamen Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Am Schluß seiner Ausführungen wies Dr. Gereke darauf hin, daß man jetzt schon mit den Vorbereitungen für ein derartiges öffentliches Arbeitsbeschaffungsprogramm beginnen müßte, damit es sich im Frühjahr nach Beendigung der Frostperiode voll auswirken könne. Hoffentlich bringe die Klärung der innerpolitischen Verhältnisse auch die Entscheidung über die weiteren Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung.

Hindenburgs fünf Punkte

Berlin, 21. November.

Wie verlautet, hat Reichspräsident von Hindenburg den Auftrag an Adolf Hitler von folgenden fünf Punkten abhängig gemacht:

1. Die besondere Zusammenfassung des Kabinetts bedarf der Zustimmung des Reichspräsidenten,
2. behält sich der Reichspräsident das Recht besonderer Einwirkungen auf das Reichswehr- und das Außenministerium vor,
3. Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms,
4. Gewähr dafür, daß keine Rückkehr zum Dualismus Reich-Preußen erfolgt,
5. Keine Verringerung oder Abschwächung des Artikels 48.

vermeidet Karl, sein Gesicht zu zeigen. Mit festen Schritten geht er den Korridor entlang, die Treppe hinunter. Jeden Augenblick ist er gewärtig, daß die Alarmglocke ertönt.

Sein Herz hämmert schneller und schneller. Endlich ist er unten angelangt und passiert ungehindert den Ausgang. Mit raschen Schritten eilt er über den Alexanderplatz. Ueberlegt trampfhaft, was zu tun ist. Geht dann die Königsstraße entlang und betritt ein Bierhaus in einem Hofe. Dort sucht Karl die Toilette auf und entledigt sich des Polizeimantels und der Mütze.

Unbehelligt gelangt er wieder auf die Straße, wo er früher einen Händler mit Bastenmützen gesehen hat. Er kauft sich eine für einen Taler. Die beste, die der Händler hat. Sie paßt zu seinem Sportdresch wunderbar.

Dann nimmt er sich ein Auto und fährt zum „Alton“. Lächelt sich bei Fräulein von Collenhouge melden.

Mit aller Herzlichkeit begrüßt sie ihn.

„Daß Sie vor Ihrem großen Spiel noch einmal kommen, das ist fein. Ich werde morgen auch dabei sein.“

„Warum? Haben Sie sich verlegt?“

„Nein, aber die Polizei hat mich verhaftet.“

Das alte Fräulein ist sehr erschrocken. Karl muß erzählen. Fräulein Collenhouge ist ganz außer sich.

„Was soll nun werden?“

„Jetzt appelliere ich an Ihre Freundschaft!“

„Das freut mich! Aber was kann ich tun?“

„Ich muß morgen spielen! Ich werde mich in den Gärderoberäumen unserer Mannschaft verkleiden. Und wenn dann dreißigtausend Menschen das Spielfeld umrahmen, dann möchte ich den kennen, der mich da herausholt.“

„Ja! Und dann?“

„Dann geht's fort aus Deutschland! Ich habe keine Lust, auch nur einen Monat lang in Untersuchungshaft zu sitzen.“

Ich werde der Polizei eine schriftliche Erklärung über den ganzen Fall abgeben, auch begründen, warum ich mich da verkleide. Am Ende beurteilen Sie mich nach. Die Sache steht nämlich schlecht.“

„Fahren wir nach Südamerika! Oh, ich bin glücklich!“ ruft Fräulein Collenhouge.

„Mein Kamerad Thomas muß auch mit!“

Rückfragen Hitlers

Die Antwort Adolf Hitlers ist Montagabend 20 Uhr in Form eines Briefes an den Staatssekretär Dr. Meißner im Büro des Reichspräsidenten überreicht worden. Der Inhalt des Briefes gingen, wie die Reichsregierung, der NSDAP, mitteilt, eingehende Besprechungen mit den führenden Männern der nationalsozialistischen Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens voraus. Der Brief enthält eine Reihe von Rückfragen, die voraussichtlich im Laufe des Dienstags beantwortet werden.

Doch Bloßwährung in Danzig?

Danzig, 22. November.

Von polnischer Seite wird nunmehr amtlich die Entscheidung der Reichsregierung in Danzig ab 1. Dezember verkündet. Während in Genf die Vorbereitungen für die Entscheidung auf Zulässigkeit der polnischen Handlungen noch im Gange sind, führt Polen gleichwohl schrittweise die Vorbereitung zur Einführung der Bloßwährung in Danzig bei den Danziger Einwohnern durch. Auf die Brüstung des hohen Kommissars des Völkerbundes in Danzig durch die Vorklärung seiner Vermittlung in Danzig durch die Brüstung des Völkerbundes. Genf wird sich nun entscheiden müssen, ob es sich diese Schädigung seines Ansehens gefallen lassen will.

Rein Zahlungsausschub

Amerika erwartet pünktliche Zahlungsleistung am 15. Dezember.

Washington, 22. November.

In amerikanischen Regierungskreisen hält man zwar eine schließliche Revidierung der Schuldeneinbarung mit England für unermesslich, glaubt aber, daß das britische Entschließen am 15. Dezember fälligen Schuldentilgung abgelehnt werden wird.

Der soeben veröffentlichte Budgetplan hat die Aufmerksamkeit des Landes wieder auf die schwierige Lage des amerikanischen Schatzkammars gelenkt und den Widerstand des Kongresses gegen Zugeständnisse in der Schuldfrage noch verstärkt. Gut unterrichtete Politiker halten es für kaum denkbar, daß die Konferenz zwischen Präsident Hoover und Roosevelt die Lage ändern wird. Mehr wird von den Besprechungen Roosevelts mit den demokratischen Führern erwartet.

Tagung der Träger des Arbeitsdienstes

Berlin, 22. November.

Im Johannesstift in Spandau tagten die Spitzenvertreter der großen Dienstträger und die landwirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaften unter Teilnahme des Reichsfinanzministers Dr. Syrup. Es ergab sich völlige Einmütigkeit in dem Sinne, daß für die weitere Entwicklung des F.A.D. die Einhaltung der Mitternachtsstunden der Verbände als eigenliche Träger des Arbeitsdienstes in den Verbänden und im Reich erfolgen müsse.

Unter anderem bestand die einmütige Auffassung, daß ein beträchtlicher Teil der Dienste während des Winters in geschlossenen Formen durchgeführt werden soll.

Portier erschossen

Stettin, 22. November.

In dem in der Großen Domstraße in Stettin gelegenen Café Marabou wurde der dort seit längerer Zeit als Portier beschäftigte 36jährige Otto Peters von dem 23jährigen Seemann Paul Albrecht in dem Garderobenraum durch einen Brustschuß niedergestreckt. Peters verlor nach wenigen Minuten. Als der Oberkellner den Täter halten wollte, gab Albrecht noch einen zweiten Schuß ab, der aber kein Ziel verfehlte. Von anderen Angestellten des Cafés wurde dem Täter schließlich die Waffe abgenommen.

Albrecht, der seit etwa einem Jahr in dem Lokal „Marabou“ verkehrte, hatte eine geringe Beschuldigung offenlegen, zu deren Begleichung er von dem Oberkellner mehrfach aufgefordert worden war. Als nun Albrecht den Garderobenraum betrat, gingen sowohl der Oberkellner als auch der getötete Portier auf ihn zu und fragten ihn, ob er seine kleine Schuld begleichen wolle. Als Antwort hierauf zog der Täter sofort seine Pistole und drückte sie auf Peters ab.

„Gern soll er Sie und mich begleiten. Ist es Ihnen recht, wenn wir uns nach Montevideo begeben?“

„Mir ist alles recht!“

„Wir könnten den Zeppelin, der am Montag mittag in Friedrichshafen abgeht, benutzen.“

„Den Zeppelin? Das kostet ja ein Heidengeld!“

„Wir können's uns schon leisten! Und drüben in Montevideo habe ich ein schönes Haus und viel Landbesitz.“

Das können Sie sich mit Ihrem Kameraden nach Hergenslust aus-tun.“

„Sie tun so viel für mich, Fräulein von Collenhouge!“

Die alte Dame lächelte mütterlich. „Oh, nicht genug! Sie haben mich wieder jung gemacht. Ich kann mich freuen, ich kann wieder lachen. Das ist mir wie ein Wunder. Nein, nein, ich tue es auch für mich. Aber Ihren Kameraden müssen wir sofort benachrichtigen. Geben Sie mir die Adresse, ich werde das erledigen.“

„Danke vielmals! Ist übrigens etwas für mich abgegeben worden?“

„Ja, ein kleines Rädchen.“

„Hurra... die Pässe!“

Karl wollte unbedingt seinen Vater verständigen. Er wartete darum bis auf Thomas' Kommen. Endlich erschien dieser bei Fräulein Collenhouge.

Herzliches Wiedersehen.

„Mensch, daß du rausgekommen bist.“ lachte Thomas.

„Körnte hast du das angestellt! Im Rundfunk ist's schon berichtet worden. Man fahndet nach dir.“

Nun wurde mit dem Freunde alles genau besprochen.

Man verabredete Absahrt mit dem Flugzeug am nächsten Morgen früh um acht Uhr vom Flugplatz Tempelhof.

Dann verließen die Freunde das Hotel.

Karl trug jetzt an Stelle seines Sportanzuges einen eleganten Smoking, den Fräulein Collenhouge ins Hotel bestellt hatte und dazu einen farten Hut die Straße.

Unangefochten erreichten sie die Straße.

Karl verabschiedete sich von Thomas und nahm sich ein Auto, mit dem er zu seinem Freunde, dem Kapitän Stiepel, fuhr.

Stiepel, der alte Seebär, der Karl wie einen Sohn liebte, war freudig überrascht und nahm ihn mit offenen Armen auf.

(Fortsetzung folgt.)

WOLFGANG MARKEN:

KARL der Kleine

VERBODEN RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERBAU

(11. Fortsetzung.)

Grote meint herzerbrechend, aber bald ist sie wieder gefast, und ihre Augen blitzen. Ihr Junge... ein Verbrecher! Das gibt's nicht!

Großvater Bolle ist voll Entrüstung, er schimpft wie ein Rohripak auf die Polizei. Minna schluchzt laut. Schrippe aber sekundiert seinem Herrn und getreuen Freunde August Bolle.

Doch es hilft alles nichts. Karl kann morgen nicht spielen. Grote holt rasch Ersatz heran. Er fährt selber zum „Raddler“ und verpflichtet ihn als Mittelstürmer.

Karl geht mutig in seiner Zelle auf und ab. Er hat insofern Glück, als sein Wärter ein begeisterter Anhänger des Fußballsports ist und den jungen Grote genau kennt und sehr schätzt.

Der Beamte redet ihm zu, doch noch einmal mit dem „Alten“ zu sprechen. Grote könnte ja um Urlaub bitten, eventuell unter polizeilicher Bewachung spielen.

Karl wird auf sein Ergehen hin von einem anderen Beamten nach den Anstalten des Polizeirats geleitet.

Er muß im Wohnzimmer warten, denn eben ist Besuch bei dem Polizeigewaltigen.

Karl geht im Zimmer auf und ab.

Der Beamte steht draußen auf dem Korridor.

Da steht Karl am Haken den Mantel eines Polizei-offiziers und eine Mütze hängen.

Ein guter Gedanke blüht in ihm auf.

Karl zieht den Mantel rasch an, er paßt. Auch mit der Beschuldigung flappi es. Denn Karl ist heute im Sportdresch mit langen Stiefeln. Die Mütze wird aufgestülpt.

Dann tritt der junge Grote auf den Korridor.

Der Beamte ist gerade ein Stück weggezogen. Mergstlich

Spangenberg, den 22. November 1932

Allerlei Angebote

Zahl, wo wir uns allmählich Weihnachten nähern, fließen uns wieder in großer Anzahl allerlei Angebote ins Haus. Ein bekanntes Kaufhaus Berlins, Weinhandlung von Wein, der Moll oder der Saar, Zigarrenfabrikanten, Weinhandlung, alle finden sie uns ihre Kataloge mit Preisen, Preislisten oder Empfehlungsbriefen. Wir sind dankbar, woher diese Firmen, mit denen wir bisher in Verbindung gestanden haben, unsere genaue Anschrift kennen. Aber das Kundenvermögen wird in natürlichen Dingen zu sehr einmal notwendig ist, sich in möglichst weiten Kreisen bekannt zu machen und immer wieder in Erinnerung zu bringen, späterhin hat der eine oder der andere doch einmal Bedarf und wird sich bei dieser Gelegenheit ihrer bedienen.

Die weitaus größte Zahl aller dieser Zuschriften wandern in den Briefkasten und den Ofen, und nur eine kleine Prozentsatz tut seine Wirkung und hat Bestellungen zur Folge. Darüber waren sich aber die Geschäfte von vornherein im Klaren, denn neben der sofortigen Wirkung mußte auch die nachträgliche noch mit in Rechnung gestellt werden. Die Geschäfte lagen sich ganz mit Recht, daß es sehr einmal notwendig ist, sich in möglichst weiten Kreisen bekannt zu machen und immer wieder in Erinnerung zu bringen, späterhin hat der eine oder der andere doch einmal Bedarf und wird sich bei dieser Gelegenheit ihrer bedienen.

Die sogenannten Versandgeschäfte haben ihre feste Kundenliste in der Stadt und besonders auf dem Lande, aber neben diesem Stamm von Kunden findet sie immer noch eine Menge gelegentlicher Abnehmer ihrer Waren. Das Raubrecht auswärts ist dann ohne weiteres berechtigt, wenn es sich um Dinge handelt, die man am Orte selbst nicht oder nicht in der gleichen Güte erhalten kann, vielfach aber lassen sich die Menschen dazu nur durch die irrtümliche Annahme verleiten, die uns auch so häufig Auslandsprodukte gleichwertigen heimischen vorziehen. Daß nämlich alles, was von Auswärts kommt, unbedingt besser und billiger sein muß, ist nicht auf alle Fälle, sich zu vergewissern, ob man die betreffende Ware nicht bei einer Firma am Orte selbst erhalten kann, wobei man noch den Vorteil hat, daß man sich sofort durch den Augenblick von dem Reiz und der Güte des Gegenstandes überzeugen kann, was mehr wert ist, als die beste Beschreibung und schönste bildliche Darstellung. Neben der großen Zahl guter Versandgeschäfte, die nie mehr verschicken, als sie leisten können und denen daran liegt, sich ihre Kundenliste zu erhalten, gibt es andere, denen es nur darauf ankommt, ein einmaliges gutes Geschäft für sich selbst zu machen. Allzu verlockenden Angeboten unbekannter Geschäfte gegenüber dürfte daher Vorsicht sehr angebracht sein. Niemand kann etwas verschicken, gute Ware zu ihrem Preis, und wenn sich trotzdem jemand so freigiebig in seinen Anpreisungen gebärdet, dann geht er nur auf dummenfang aus.

Neue Rundreisekarten mit 20 Prozent Fahrpreisermäßigung. Die für bestimmte gern befahrene Rundverbindungen bereits in diesem Jahre in Baden, Bayern und Thüringen verkehrsweise ausgegebenen neuen Rundreisekarten der Reichsbahn mit 25 Prozent Fahrpreisermäßigung sollen, wie verlautet, auf das gesamte Reichsbahnnetz ausgedehnt werden, soweit ein Bedürfnis dafür vorhanden ist, und zwar sollen sie bereits in der Winterreisezeit 1932/33 zur Ausgabe gelangen. Die Geltungsdauer der Karten beträgt bis zu 299 Kilometer 15 Tage und bei größeren Entfernungen 30 Tage. Die Rundfahrkarte kann auf einem beliebigen Bahnhof des Reichsbahnnetzes in der einen oder anderen Richtung antreten und beliebig oft und beliebig lange innerhalb der Geltungsdauer unterbrochen werden.

Erdbeben. Das aus dem Ruhrgebiet zum Istei Erdbeben der vergangenen Nacht wurde auch hier in Spangenberg verspürt. Einem kurzen leichten Stoß folgte ein Epizentrum, das sich anordnete, als ob auf dem Boden des Hauses sich jemand zu schaukeln machte. Der heute den ganzen Tag anhaltende dicke Nebel dürfte mit dem Erdbeben in Zusammenhang stehen. Es wäre erwünscht, wenn auch noch von anderen Einwohnern unserer Stadt diesbezügliche Beobachtungen mitgeteilt werden könnten.

Weihnachts- und Neujahrverkehr mit Festtagsrückfahrkarten und Arbeiterrückfahrkarten. Die Festtagstafel der Reichsbahndirektion Kassel teilt uns mit: Wie zu Ostern und Pfingsten werden auch für den Weihnachts- und Neujahrverkehr 1932/33 Festtagsrückfahrkarten mit verlängerter Geltungsdauer bei allen Fahrkartenausgaben für alle Verbindungen des Reichsbahnnetzes mit 33 1/3 Prozent Ermäßigung ausgegeben. Als Festtagsrückfahrkarten werden die im Sonntagsverzeichnis aufgeführten Sonntagskarten ausgegeben; für alle übrigen Verbindungen müssen die Karten handschriftlich ausgestellt werden. Um Schwierigkeiten in der Abfertigung zu vermeiden, empfiehlt es sich, die handschriftlich auszustellenden Festtagsrückfahrkarten möglichst einige Tage vor der Reise bei der Fahrkartenausgabe zu lösen. Die Festtagsrückfahrkarten gelten: zur Einfahrt vom 21. Dezember 0 Uhr an allen Tagen bis zum 1. Januar 24 Uhr (die Einfahrt muß am 1. Januar um 24 Uhr beendet sein). Zur Rückfahrt vom 23. Dezember 12 Uhr an allen Tagen bis zum 10. Januar 24 Uhr (die Rückfahrt muß am 10. Januar um 24 Uhr beendet sein). Die Arbeiterrückfahrkarten gelten gleichfalls vom 21. Dezember 1932 bis zum 10. Januar 1933. Die Ausdehnung der Tarifmaßnahmen auf den Reichsbahn-Privatbahn-Verkehr ist zu erwarten; weitere Mitteilung hierüber bleibt vorbehalten.

Aus Stadt und Land.

Mord und Selbstmord. Im Fremdenzimmer eines Gasthofes in der Breiten Straße in Dresden wurden ein 23jähriger Mann und eine 23jährige Frau erschossen aufgefunden. Es liegt Mord und Selbstmord vor. Die Personalführer der Toten, die angeblich aus München zugereist waren, konnten noch nicht festgestellt werden.

Überreichung der Goethemedaille an Dr. Schiemann. Der deutsche Gesandte in Letiland, Dr. Siebe, überreichte namens der Reichsregierung dem langjährigen deutschen

Struktionsingenieur im lettischen Parlament und Vize-Redakteur der „Malgischen Rundschau“, Dr. Roul Schiemann, die Goethemedaille des Deutschen Reiches.

Der Aconagua von einer deutsch-österreichischen Expedition besiegelt. Eine deutsch-österreichische Kletterexpedition unter Führung von Emil Norders hat, wie Reuter aus Argentinien meldet, den Berg Aconagua, den höchsten Berg der ganzen westlichen Hemisphäre, besiegelt. Die Expedition land hierbei das Gepäck des englischen Kletterers Hauptmann Marden, der im vergangenen Jahre bei einem Besteigungsversuch des Berges vermisst worden ist.

Amo Johnson auf der Suche nach einem verschollenen Flieger. Amo Johnson hat ihre Absicht, auf dem Luftwege nach London zurückzukehren, aufgegeben. Sie hat ihr Flugzeug zur Suche nach dem 19jährigen südafrikanischen Flieger Victor Smith zur Verfügung gestellt, der den Reford Kapstadt-London brechen wollte, aber seit seinem Start von Dualla nach Gao verschollen ist.

Anlauf eines französischen Passagierflugzeuges. Ein französisches Passagierflugzeug, das den regelmäßigen Dienst zwischen Toulouse und Gahabianca versieht, mußte am Sonntag infolge des starken Nebels in der Nähe von Tbezan les Biers eine Notlandung vornehmen. Der Führer des Apparates und die drei Insassen wurden dabei zum Teil schwer verletzt. Der Apparat selbst wurde schwer beschädigt.

Strandung eines deutschen Fischdampfers. Der deutsche Fischdampfer „Heinrich Biemann“ ist, wie aus Floris gemeldet wird, nördlich vom Stabben-Feuerschiff gestrandet. Der Fischdampfer ist in Wehremünde beheimatet und befand sich auf der Fischfahrt nach Finnmarken. Bei Hochwasser gelang es, den Dampfer wieder flott zu machen.

Wahlentscheidung der Rostocker Studentenschaft. In den letzten Tagen fand an der Rostocker Universität ein Wahlentscheid mit dem Ziele der Auflösung der amtierenden und Wahl einer neuen Kammer statt. Der Antrag wurde feierlich von den Rostocker Korporationen, verschiedenen politischen Gruppen und Freistudenten gestellt. Er hatte den Zweck, die Inkraftsetzung der geplanten neuen Verfassung zu verhindern. Zu einer erfolgreichen Durchführung des Wahlentscheides sind nach der gegenwärtigen Verfassung die Unterschriften von 47 1/2 v. H. der am Tage des Wahlentscheides an der Universität immatrikulierten Studenten nötig. Für die Auflösung der bestehenden Kammer haben sich 44 v. H. der Studierenden ausgesprochen.

Eine unmenschliche Mutter

Das Verbrechen an der sechsjährigen Rosemarie Boddin aufgefährt. — Die eigene Mutter als Täterin verhaftet. Berlin, 21. November.

Das Verbrechen an der sechs Jahre alten Rosemarie Boddin-Boddin, die am 11. November beinahe tot auf den Gleisen der Stettiner Bahn unterhalb der Grenzbahn aufgefunden wurde, ist in überraschender Weise aufgeklärt worden. Die Täterin ist die Mutter des Kindes, Maria Boddin, eine 25jährige Frau, die ein umfangreiches Geldvermögen ablegte. Sie wollte das Kind befehlen, um in den Besitz einer Versicherungssumme von 4000 RM zu gelangen, die beim Tode des Kindes an dessen Eltern fallen sollte.

Frau Boddin hat das Kind an dem frischen Abend an dem übermannshohen Brückengeländer hinaufgehoben, angeblich um es hinüberzuwerfen zu lassen, es dann bei den Fußgänger gepackt und auf den Bahnkörper geworfen. Der Chemann Boddin ist unter dem Verdacht, von dem Vorhaben seiner Frau Kenntnis gehabt zu haben, gleichfalls festgenommen worden.

Der Ostgrönland-Streit

Beginn der öffentlichen Verhandlungen vor dem Haager Gerichtshof.

— Haag, 22. November.

Vor dem Forum des Ständigen Internationalen Gerichtshofes begannen die öffentlichen Verhandlungen zur Behandlung des norwegisch-dänischen Ostgrönland-Konflikts. Dem Verfahren liegen die Meinungsverschiedenheiten zugrunde, die bereits seit längerer Zeit zwischen Dänemark und Norwegen bezüglich der Souveränität über Ostgrönland bestehen.

Da langwierige diplomatische Verhandlungen zwischen beiden Ländern zu keiner Einigung führten, ließ Norwegen, wie erinnerlich, am 28. Juni 1931 die in Frage kommenden Gebiete zunächst durch Pelzjäger formell besetzen, worauf es am 10. Juli zur offiziellen Proklamation der norwegischen Souveränität über Ostgrönland schritt.

Gegen dieses Vorgehen der norwegischen Regierung richtet sich die beim Haager Gerichtshof anhängig gemachte dänische Klage, in der beantragt wird, das Verhalten der norwegischen Regierung für ungültig zu erklären und somit die von Dänemark in Anspruch genommene Souveränität über Ostgrönland zu bestätigen.

Urteil im Sprengstoff-Prozeß

Reichstagsabgeordneter Moder zu 6 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

— Altona, 22. November.

Im Prozeß wegen der Sprengstoffanschläge in Schleswig-Holstein, die in der Nacht nach der Reichstagswahl am 31. Juli verübt worden sind, verkündete das Sondergericht Altona nach neuntägiger Verhandlung das Urteil. Beim Eintritt der Angeklagten erlitten Heil-Rufe, die aus dem Zuschauerraum erwidert wurden. Angeklagt waren 40 Nationalsozialisten.

Verurteilt wurden Reichstagsabgeordneter und Standartenführer Moder zu 6 1/2 Jahren Zuchthaus, Grezisch zu sechs Jahren, Strahmann zu fünf Jahren und Plaehn zu 5 1/2 Jahren Zuchthaus. Von den übrigen Angeklagten erhielten acht Zuchthausstrafen von je 1 1/2 Jahren und zehn Gefängnisstrafen bis zu neun Monaten. Elf Angeklagte wurden freigesprochen.

In der Urteilsbegründung wies der Vorstehende daraufhin, daß das Gericht eine Verabredung zwischen Moder, Grezisch, Plaehn und Strahmann bei der Führerbefreiung in Rendsburg für erwiesen halte. Die Frage, ob auch in Elberhof eine Verabredung stattgefunden habe, sei vom Gericht verneint worden. Hier habe es sich jedenfalls nur um eine Befehlsausgabe gehandelt. Der Vorstehende erläuterte dann in großen Zügen die einzelnen Anschläge. Er erklärte dann, die Schutzbestimmungen des § 52 (übergeleiteter Not-

stand) kamen den Angeklagten zu seinen Fall zugute; denn nach der Ansicht des Gerichts hätten sie die Befehle nicht aus Angst ausgeführt, sondern, wie sie selbst angegeben hätten, als Unvorsichtigkeiten. Sie hätten auch damit gerechnet, daß bei einer Minderheitsregierung der NSDAP am nächsten Tage die Taten legalisiert worden wären.

Schmuggler-Auto gestellt

Ein zweiter Kraftwagen fährt in eine Ausfliegergruppe. — Düsseldorf, 22. November.

Beamte der Zollfahndungsstelle gefielen bei Mündens-Gladbach ein Auto auf, in dem sie Schmuggelgut vermuteten. Bei der Durchsuhung des Kraftwagens fand man 88 Kisten. Die Insassen, ein Holländer und ein Deutscher, wurden verhaftet und ins Düsseldorf Polizeigefängnis eingeliefert.

In Stolberg im Rheinland fuhr ein zweites Schmugglerauto, ohne Licht und ohne Signal zu geben, in rasender Fahrt in eine Ausfliegergruppe hinein. Vier Personen wurden verletzt und mußten in das Krankenhaus gebracht werden. Einer der Verletzten konnte nach Anlegung eines Verbandes wieder entlassen werden. Der Kraftwagen war bei dem Zusammenstoß umgefallen und wurde von hinzukommenden Zollbeamten beschlagnahmt. Man fand in ihm elf Zentner Zucker, 20 Pfund Kaffee und 20 Pfund Mehl, die geschmuggelt waren, vor. Der Lenker des Autos wurde verhaftet.

Erdbeben im Rheinland

Auch Belgien und Holland betroffen. — Köln, 22. November.

In der Nacht zum Montag wurde in Westdeutschland, Holland und Belgien ein Erdbeben verspürt, dessen Herd offenbar im Rheintal lag. Allem Anschein nach handelt es sich um ein tektonisches Beben, das seiner Entstehung nach auf Spannungen zurückgeht, die innerhalb des festen Erdpansers einen Ausguck lüften. Innerhalb der Erdkrümmungen sind in den letzten Jahren in Westdeutschland schon mehrfach beobachtet worden. Wie in den früheren Fällen so ist auch diesmal Schaden nicht angerichtet worden.

Immerhin war die Erschütterung in Köln so stark, daß die Möbel schwankten und kleinere Gegenstände von den Tischen fielen. In Aachen ist die Erschütterung in einem Hause so stark ausgefallen, daß die aus dem Schlaf geweckten Hausbewohner vermuteten, daß sich im Hause Einbrecher aufhielten. Sie alarmierten daraufhin das Ueberfallkommando und waren natürlich sehr erstaunt, welche Bewandnis es mit den „Einbrechern“ hatte.

Das Erdbeben ist von allen deutschen Orten verzeichnet worden; die nächstgelegene Warte in Aachen vermag allerdings Angaben nicht zu machen, weil ihr Seismograph sich gerade im Umbau befand. Von der Heideberger Sternwarte liegt folgende Mitteilung zu dem Erdbeben vor: „Das Beben ist nicht als sehr stark anzuspüren, doch zeigen die Instrumente deutliche Ausschläge. Der Herd des Bebens liegt einige hundert Kilometer von Heidelberg entfernt. Die Bewegung der Heideberger Instrumente dauerte im ganzen etwa drei Minuten.“

Ehetragödie — Mord und Selbstmord

— Oldenburg, 22. November.

In der oldenburgischen Gemeinde Zwischengahn erschloß der 30 Jahre alte Landwirt Dierts seine Ehefrau mit einem Jagdgewehr und tötete sich darauf selbst durch einen Schuß in den Mund. Der Blutat ist offenbar ein furchtbarer Kampf vorausgegangen. Zwischen den Eheleuten bestanden seit einiger Zeit schwere Zwistigkeiten.

Hausfuchungen bei Ukrainern

Zahlreiche Verhaftungen.

— Warschau, 22. November.

In einer ukrainischen Drischaf bei Rohatyn in Ostgalizien wurden in einer der letzten Nächte bei 50 Einwohnern Hausfuchungen durchgeführt, die aber ergebnislos verliefen. Nichtsdestoweniger sind 60 Personen festgenommen worden, die nach polizeilicher Vernehmung bis auf drei junge Männer wieder freigelassen werden mußten. Die Verhafteten werden verdächtigt, Telegraphendrähte an der Eisenbahnlinie durchschnitten zu haben. Ferner wurden in einigen Drischaften bei Sambor im Zusammenhang mit der Verbreitung von staatsfeindlichen Werbeschriften und Flugblättern bei zahlreichen Ukrainern Hausfuchungen vorgenommen. Es wurden hier insgesamt sechs Personen, darunter zwei ukrainische Hochschüler, verhaftet und ins Gefängnis nach Sambor gebracht. Schließlich fanden auch in der Redaktion und Druckerei des ukrainischen Blattes in Lemberg, „Gas, Hausfuchungen statt. Sechs Personen, darunter vier Studenten, sind verhaftet worden. Ferner wurden im Bezirk von Ternopol und von Stalal nach zahlreichen Hausfuchungen insgesamt zwölf Ukrainer verhaftet.

Rundschau im Auslande

Der frühere tschechische Minister für nationale Verteidigung im Kabinett Udrizal, Karl Witschowski, ist an den Folgen einer Grippe gestorben.

Der tschechische Autonomistenführer Pínt gestorben.

Der durch die autonomistische Bewegung im Elsaß her bekannte ehemalige Postinspektor Pínt, der vom Kolmarer Schurgericht im Abwesenheitsverfahren verurteilt und nach der Umkehrung der Autonomisten wieder ins Elsaß zurückgeführt war, ist am Sonntag in Straßburg gestorben.

Englisches Begleitkontingent zur Abrüstungskonferenz.

Die britische Admiralität beschloß, den im Marine-Vertragprogramm von 1931 vorgesehenen Bau des Unterseebootes „Evert“ der Widder u. Armstrong Ltd. zu übertragen.

Flucht der Chinesen aus der Mandschurei.

Nach Meldungen aus Mtschen beginnt die chinesische Bevölkerung der Mandschurei neuerlich, in großen Scharen das Land zu verlassen. In der Nähe von Mtschen, etwa nur acht Kilometer von der Stadt entfernt, spielen sich blutige Kämpfe mit den Freischärlern ab.

Erfolgreiche Arbeitsbeschaffung

Das Ergebnis der bisherigen Maßnahmen. — 25 Millionen Arbeitslosengewerke.

— Berlin, 21. November.

Wie mitgeteilt wird, haben die Maßnahmen der Reichsregierung zur Arbeitsbeschaffung neben den sonstigen Mitteln zur Belebung der Wirtschaft den Arbeitsmarkt merklich entlastet.

Die Zahl der Arbeitslosen, die im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt werden, hat jetzt bereits 250 000 übersteigt. Der erste Abschnitt des Arbeitsbeschaffungsprogramms in Höhe von 135 Millionen RM ist in voller Durchführung begriffen. Mit diesen Mitteln sind bisher insgesamt 10 Millionen Arbeitererwerbsstellen für Arbeitslose bereitgestellt worden.

Nach der Arbeitslosen auf dem zweiten Teil des Arbeitsbeschaffungsprogramms in Höhe von 207 Millionen RM sind zum Teil bereits im Gange oder werden in nächster Zeit begonnen. Dieser Abschnitt umfasst bekanntlich u. a. Straßenausbau, landwirtschaftliche Meliorationen, landwirtschaftliche Siedlung und vorläufige Kleinwohnung, den Bau von Eigenheimen und ferner eine Aktion zum Abräumen veralteten Schiffsraumes und den Bau von Heringslagern.

Nach den Ergebnissen der bisherigen Maßnahmen kann man damit rechnen, daß sich hier zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten in Höhe von weiteren 15 Millionen Arbeitslosentagewerken ergeben.

Die Mitteilung über die Erfolge der Arbeitsbeschaffung erwähnt dann weiter die Bereitstellung von 55 Millionen für das Baugewerbe und die Bereitstellung zusätzlicher Arbeitsstellen durch die Reichsbahn und die Post in Höhe von 300 Millionen RM.

Die Auswahl der Arbeitskräfte

erfolgt nach sozialen Gesichtspunkten und liegt den Arbeitsämtern ob.

Um die Auswirkungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms einer möglichst großen Zahl von Arbeitslosen zugute kommen zu lassen, soll ein Arbeitsloser nicht länger als 4 Jahre bei diesen Maßnahmen beschäftigt werden.

Insbesondere sollen langfristige Arbeitslose bevorzugt werden. Es werden daher bei den genannten Arbeiten doppelt so viel Krisenunterstützte (also langfristige Arbeitslose) beschäftigt werden, wie Empfänger der Arbeitslosenunterstützung. Über auch die Wohlfahrtsverbände werden weitgehend berücksichtigt.

Bei dem ersten Abschnitt des Arbeitsbeschaffungsprogramms konnten 20 v. H. der Notstandsarbeiter den Reichen der Wohlfahrtsverbände entnommen werden, ohne daß die Gemeinden hierfür irgendwelche Beihilfen zu leisten hatten.

der Durchführung der Arbeitsstellen suchen. Bei dem zweiten Abschnitt ist dieser Anteil der Wohlfahrtsverbände auf 45 v. H. erhöht worden. Dadurch werden bei den Gemeinden gleichzeitig entsprechende Mittel frei, die sie für die anderweitige Beschäftigung von Wohlfahrtsverbänden verwenden können.

In ihrer Gesamtheit genommen bedeuten diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine Mehrbeschäftigung von mehreren hunderttausend Arbeitslosen, wenn man nur die unmittelbare Beschäftigung berücksichtigt. Mindestens ebenso wichtig ist aber die weitere Auswirkung dieser Maßnahmen, die zusammen mit der Ausgabe der Steuererleichterung in Höhe von insgesamt 2,2 Milliarden RM zu einer nachhaltigen Belebung der Wirtschaft in weiterem Umfang führen muß.

Attentat auf Herriot

Dynamitanschlag auf der Straße Paris—Nantes. — Die Explosion wenige Minuten vor Eintreffen des Zuges erfolgt.

— Paris, 21. November.

Auf der Reise nach Nantes ist Frankreichs Ministerpräsident Herriot mit knapper Not einem Dynamitanschlag entgangen. Auf der Eisenbahnstrecke Paris—Nantes wurde gegen 5 Uhr früh in der Nähe der Stadt Angers festgestellt, daß die Schienen in einer Länge von zwei Metern aufgerissen waren. Der Zug, mit dem Herriot reiste, sollte einige Minuten später diese Strecke passieren, konnte aber glücklicherweise noch rechtzeitig zum Stehen gebracht werden, so daß großes Unheil verhütet wurde. Mit etwa einstufiger Verspätung legte der Zug die Reise nach Nantes fort.

Japan lehnt ab

Scharfe Stellungnahme gegen den Lytton-Bericht.

— Genf, 21. November.

Am Vorabend der außerordentlichen Ratssitzung hat die japanische Regierung ihre Stellungnahme zu dem Lytton-Bericht bekanntgegeben. Wie vorauszusehen war, lehnt Japan alle Vorschläge der Untersuchungskommission, die der Völkerbund in die Mandschurei entsandt hatte, samt und sonders ab.

Zur Schaffung des neuen Mandschureistaates erklärt die japanische Regierung im Gegensatz zum Lytton-Bericht, der sich gegen die Aufrechterhaltung des neu geschaffenen Zustandes in der Mandschurei ausspricht, daß diese Lösung in keiner Weise den internationalen Verpflichtungen widerspreche, daß sie vielmehr den Wünschen der Bevölkerung in der Mandschurei entspreche und daß sie auf die Dauer auch von China (?) als die einzige befriedigende Grundlage für stabile Beziehungen angesehen werde. Von dem Wunsch geleitet, daß in der Mandschurei sich „stabile Verhältnisse“ entwickeln, habe Japan sich seinerzeit entschlossen, den

neuen Staat anzuerkennen. Wie von der Lytton-Kommission vorgeschlagene Einrichtung einer internationalen Kontrolle in der Mandschurei werde von dem neuen mandschurischen Staat und von Japan abgelehnt. Die internationale Kommission vorgeschlagene Schaffung einer internationalen Gendarmerie werde gleichfalls abgelehnt, da sie für die Aufrechterhaltung der Ordnung ungenügend sei.

Mit anderen Worten: Japan will also die militärische Befugnis der Mandschurei auch gegen den Willen des Völkerbundes aufrechterhalten.

Schacht bei Mussolini

— Rom, 21. November.

Dr. Schacht, der an den Arbeiten des Volta-Kongresses teilnahm, wurde von Mussolini empfangen.

In einer Rede, die er auf dem Volta-Kongress hielt, erklärte der ehemalige deutsche Reichsbankpräsident Dr. Schacht, das Problem des Transfers bleibe gegenwärtig Kreditverehr nach sich gezogen. Die Länder, die kein Geld mehr exportieren könnten, richteten hohe Zollmauern rings um sich auf, und daraus wieder ergebe sich allseits die Unmöglichkeit, zu kaufen.

Um diese Schwierigkeit beheben zu können, die finanzielle und die wirtschaftliche Ordnung bedrohe, sei es seiner Ansicht nach notwendig, daß alle Kriegsschulden geleast würden.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Mittl.) Getreide und Mehlwaren per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station. Weizen März 194—198 (am 19. 11. 196—198). Roggen März 153—157 (155—157). Weizen 170—180 (170—180). Futter- und Industrie 161—168 (161—168). Safer März 127—132 (127 bis 132). Weizenmehl 24,25—27,10 (24,25—27,10). Roggenmehl 20—22,25 (20—22,25). Weizenkleie 9,40—9,75 (9,40—9,75). Roggenkleie 8,00—9 (8,00—9). Vorratsarbeiten 21—20 (21 bis 20). Kleine Speiseerbsen 20—23 (20—23). Futtererbsen 14—16 (14—16). Leinöl 10,10—10,20 (10,10—10,20). Erdnußöl 10,80 (10,80). Erdnußkuchenei 11,10 (11,10). Erdnußkuchenei 8,90 (8,90). Erdnußkuchenei 10,30—11 (10,30 bis 11).

Schlachtviehmarkt.

(Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Reichsmark.)

Eisen (Ruh), 21. November. Ochsen (42) 1. 31—33, 2. 26—29, 3. 23—25, Bullen (144) 1. 27—28, 2. 24—26, 3. 21—23, 4. 18—20, Kühe (217) 1. 27—30, 2. 24—26, 3. 20—22, 4. 14—18, Färlen (Kälbinnen) (88) 1. 30—32, 2. 27—29, 3. 23—26, Fresser (36) 16—22, Rälber (488) 1. —, 2. 42—48, 3. 32—40, 4. 20—30, Schafe (61) 1. 27—30, 2. 23—26, Schweine (2353) 1. —, 2. 41—44, 3. 40—44, 4. 37—40, 5. 34—37, Sauen 30—38. — Marktverlauf: Rinder schlecht, sonst langsam.

Weinet nicht an meinem Grabe,
Gönnet mir die ew'ge Ruh'
Denk was ich gelitten habe,
Eh' ich schloß die Augen zu.

Am 19. November um 19³⁰ Uhr ging unsere liebe Mutter,
Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante
die Witwe

Martha Berdelmann
geb. Siebold

im 77. Lebensjahre nach langem, schweren, mit großer Geduld ertragenen Leiden, im festen Glauben an ihren Erlöser, zur ewigen Ruhe ein.

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen:

Gottfried Siebert und Frau Elise geb. Berdelmann.

Rassel, Chicago, Watersfield (Calif.), Wals (Canada),
Spangenberg, Rotenburg.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. November, 3
Uhr nachmittags, in Spangenberg von der Friedhofskapelle aus statt.



Heute Abend 1/9 Uhr verstarb nach langem, schweren, mit großer Geduld ertragenen Leiden meine innigstgeliebte, unergessliche Frau, unsere treuversorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Juliane Ellrich
geb. Siebert

im Alter von 60 Jahren

Dies zeigt tiefbetrübt an
im Namen aller trauernden Hinterbliebenen:

Georg Ellrich.

Spangenberg, Melungen und Corbach, den 21. Nov. 1932.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 24. Nov. nachmittags
3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Bestellungen auf
Weihnachtskarpfen
erbitet schon jetzt

Hess. Lebensmittelhaus

Spangenberg

Markt

Mittwoch früh:

Ia. Schellfische,
Fisch-Filet,
grüne Heringe,
frische Fett-Bücklinge,
Kieler Sprotten,
Lachsheringe

Karl Bender.

Mittwoch früh:



Ia. Schellfisch,
weißl. Fisch-Filet,
grüne Heringe,
feinste Lachsheringe,
Sprotten
Bücklinge,
Aal, Sardellen,
Lachs

H. Mohr.

Ich empfehle zur Weihnachtsbäckerei:

Feinste Auszugsmehle, Backpulver,
Vanillezucker, Hirschhornsalz, Cardamon, gem.
Nelken, gem. Zimt, Pottasche, Honigkuchengewürz,
Backöle Zitronen, Mandel, Rum- und Vrac-Aroma,
Oblaten, Hagelzucker, bunter Streuzucker,
Schokoladenstreufl, Schokoladenüberzugsmasse

Karl Bender.

2 Vierzimmerwohnungen

mit Zubehör in schöner
sonniger Lage

zu vermieten
Fenner.

Zahnarzt Dr. Völker

Verreist

vom 23. bis 29. Nov.

Chorverein
„Viedertänzer“

Donnerstag Abend

1/9 Uhr

Gesangsstunde
Der Vorstand.

Zwangsversteigerung.

Am Donnerstag, den 24. Novemb.
vormittags 12 Uhr sollen in

Spangenberg
(Zusammenkunft im Ratshaus)

2 Chaifelongue
1 Sofa
1 Kleiderschrank
1 Leinwand
1 Glaschrank
1 Tisch
1 Nähmaschine
1 Zentrifuge

zwangsweise öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden.

Melungen den 22. 11. 1932.

Uffmann, Obergerichtssohl.

Salz in Säcken

offert
H. Mohr.